

ÜBER DIE LUFTBLASE DER ERNEUERBAREN ENERGIEN IN SPANIEN

Ausschnitt aus der Studie über die Beschäftigungseffekte öffentlicher Förderung für die erneuerbaren Energien

Von Gabriel Calzada, Präsident des Instituto Juan de Mariana, März 2009

Titel des Originaltextes: LESSONS FROM THE SPANISH RENEWABLES BUBBLE - EXECUTIVE SUMMARY (<http://www.juandemariana.org/pdf/090327-employment-public-aid-renewable.pdf>)

Die derzeitige Politik und Strategie in Europa zur Förderung der so genannten „Grünen Jobs“ und „Erneuerbaren“ geht zurück auf das Jahr 1997 und ist eine der wesentlichen Rechtfertigungen für „Green Jobs“ – Ideen in den Vereinigten Staaten geworden. Doch liefert eine Überprüfung der europäischen Erfahrungen, dass diese Politik ökonomisch in höchstem Maße kontraproduktiv ist.

Diese Studie ist aus mehreren Gründen von Bedeutung: Erstens wird Spanien von vielen Befürwortern und Politikern als leuchtendes Beispiel hingestellt.

Dann ist mit dieser Studie zum allerersten Mal eine kritische Analyse der Nutzen und Folgen grüner Energien entwickelt worden. Besonders wichtig: sie belegt, dass die spanisch - europäische „Grüne-Jobs-Agenda“, die jetzt in die USA übertragen wird, tatsächlich Arbeitsplätze vernichtet. Und die Studie drückt dies klar durch zwei markante Kennzahlen aus: „Vernichtete Jobs je gewonnenem grünen Job“ und „Netto Vernichtete Jobs je installiertem grünen Megawatt“.

Die Ergebnisse der Studie erläutert, wie solch eine „Grüne-Jobs-Politik“ Spaniens Weg aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise hemmt, während US-Politiker behaupten, ein solches Vorgehen würde Amerika den eigenen Ausweg aus dem Schlamassel erleichtern.

Hier nun die Schlüsselergebnisse aus der Studie:

1. Wie Präsident Obama richtig äußerte, gibt Spanien ein gutes Beispiel für den Aufbau von Regierungshilfen zu erneuerbaren Energien ab. Kein anderes Land hat für Technologie und Produktion von Strom durch erneuerbare Quellen solch breite Unterstützung eingerichtet. Die Argumente für Spaniens und Europas "grüne-Job-Methoden" sind dieselben, die jetzt in den Vereinigten Staaten hauptsächlich gebracht werden, nämlich dass massive öffentliche Unterstützung eine große Anzahl von grünen Jobs erzeugen würde. Diese Studie beantwortet die Frage: "zu welchem Preis?"
2. Anhand von Studien, die die üblicherweise optimistische Europäische Kommission teilweise finanziell unterstützte, finden wir denkwürdige Ergebnisse: für jeden erneuerbaren Energiejob, den der spanische Staat schafft, belegen die Daten die Vernichtung von mindestens 2.2 Jobs. Anders gesagt, es gehen 9 Jobs verloren, wenn man 4 grüne schafft. Dies kommt aus dem verlässlichen Modell heraus, das auf zwei verschiedenen Wegen zum gleichen Ergebnis kommt. Zu den vernichteten Jobs müssen wir gedanklich noch Jobs jene Arbeitsplätze hinzufügen, die nicht-subventionierte Investitionen mit denselben Mitteln geschaffen hätten.
3. Zwar kann man Spaniens Erfahrungen nicht genau auf die Vereinigten Staaten übertragen: aber annähernd dürften die USA mindestens 6.6 Millionen bis 11 Millionen Jobs verlieren, als direkte Folge, falls sie wirklich die versprochenen 3 bis 5 Millionen "grüne Arbeitsplätze", schaffen wollten. (Hinzu kommen noch die Jobs, die wegen der Opportunitätskosten des privaten für erneuerbare Energie verwendeten Kapitals). Somit offenbart die Studie klar: in der Tendenz sollten die Vereinigten Staaten solch ein Ergebnis erwarten.
4. Allein deshalb dienen die Ergebnisse der Studie über das spanische Modell all jenen zur Warnung, die es als Vorbild für die Vereinigten Staaten zitieren, um damit rasch "grüne Jobs"

schaffen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Wirklichkeit von den üblichen Aussagen weit entfernt ist, belegt die Studie doch erhebliche Beschäftigungseinbußen und Hemmschuhe auf dem Weg aus der Krise.

5. Trotz seine hyperaggressiven (teuer und umfassend) "grüne Jobs" Politik scheint es, dass Spanien nur eine überraschend geringe Zahl von Jobs geschaffen hat: zwei Drittel davon in Aufbau, Herstellung und Installation, ein Viertel in Verwaltung, Marketing und Projekt-Engineering und dass gerade mal einer von zehn Jobs eher dauerhaft ist, nämlich für Betrieb und Wartung der „grünen“ Anlagen.
6. Dies alles geschah unter großem Aufwand an Finanzmitteln und an Kosten für die vernichteten Jobs in anderen Wirtschaftsbereichen.
7. Die Studie errechnet, dass Spanien seit 2000 Kosten in Höhe von 571.138 € ausgab, um einen „grünen Arbeitsplatz“ zu schaffen, worin z.B. mehr als 1 Million € je Job in der Windkraft-Industrie enthalten sind.
8. Die Studie errechnet, daß die Programme, indem sie diese Jobs schaffen, gleichzeitig in die Vernichtung von nahezu 110.500 Arbeitsplätzen in der übrigen Wirtschaft mündeten. Und zwar rund 2,2 vernichtete Arbeitsplätze für einen geschaffenen „grünen Arbeitsplatz“.
9. Vor allem beeinträchtigen die hohen Stromkosten die Produktionskosten und die Beschäftigung in Metallindustrie, Bergbau, Nahrungsmittelindustrie, Getränkeindustrie und der Tabakindustrie.
10. Jedes installierte Megawatt "grüner Energie" vernichtet im Schnitt 5,28 Arbeitsplätze in der übrigen Wirtschaft. 8.99 bei Photovoltaik, 4.27 bei Windenergie, 5.05 bei Mini-Hydro.
11. Diese Kosten dürften nicht Ergebnis des Spanischen Ansatzes sein, sondern sie stecken inhärent in allen staatlichen Systemen zur Förderung der erneuerbaren Energien.
12. Die gesamten Mehrkosten der erneuerbaren Energieversorgung gegenüber dem schlichten Zukaufen des Stroms zum Marktpreis, (aufsummiert von 2000 bis 2008 und mit 4 % angepasst und zum aktuellen Netto Wert [NPV] 2008 bewertet), belaufen sich zu 7,918.54 Millionen Euro (rund 10 Milliarden US-Dollar).
13. Die Gesamtsubvention (mit 4 % angepasster NPV), aufgeteilt auf diese drei erneuerbaren Quellen beläuft sich auf 28.671 Millionen Euro (rund 36 Milliarden US-Dollar).
14. Wollte man den realen Strompreis für den spanischen Endverbraucher ausrechnen, der auch die historischen Schulden des Defizit Spending für die Erneuerbaren decken sollte, die durch die spanische Politik erzeugt wurde, so müsste man den aktuellen Strompreis um 31% erhöhen.
15. Spanische Bürger müssen deshalb entweder mit einer Zunahme der Strompreise oder mit mehr Steuern fertig werden (und dem öffentlichen Defizit). Gleiches blüht den Vereinigten Staaten, wenn sie Spaniens Modell folgen.
16. Die hohen Stromkosten wegen der grünen „Job-Politik“ werden stromintensive Betriebe und Industrien aus dem Land zu steuern in Gegenden, wo Kosten niedriger sind. Das Beispiel von Acerinox ist gerade solch ein Fall.
17. Die Studie ist eine Warnung vor einer bestimmten Form des grünen Energiesystems. Garantierte Mindestverkaufspreise erzeugen Überschüsse, die schwierig zu beherrschen sind. In Spaniens Fall vergeudeten diese Mindestverkaufspreise für grünen Strom, weit über Marktpreisen, eine Riesensumme Kapital, das in anderen Wirtschaftssektoren wirtschaftlicher eingesetzt gewesen wäre. Durch die willkürlichen staatlichen Festpreise der "grünen Energie" hän-

gen die grünen Industrien an einem seidenen Faden und sind dramatischen Anpassungen ausgesetzt, die massive Arbeitslosigkeit, Kapitalverlust, Abbau von effizienten Anlagen und Verewigung von ineffizienten Anlagen mit sich bringen werden.

18. Diese Regime haben das Zeug schwerwiegende "Luftblasen" zu schaffen, wie Spanien jetzt erlebt. Die extremste „Luftblase“ muss in der Photovoltaik-Industrie gesehen werden. Sogar mit Subventionen, die mehr als das 7-fache des durchschnittlichen Strompreises erreichen, erreichte Spanien 2008 nicht einmal den angestrebten Produktionsanteil von 1 %.
19. Die Energiezukunft ist durch das unsichere Windaufkommen oder die teure Photovoltaik-Technologie gefährdet. Herkömmliche Energiequellen dagegen sind sicher und preiswert. Diese Strategien werden Spanien mehr und mehr mit permanent obsoleten Anlagen belasten, die weit weniger produktiv sind als wirkliche Spitzentechnologien. Stattdessen hat sich die Regierung verpflichtet, mit exorbitanten Kosten die investierten Anlagen der (bereits in Kürze obsoleten) grünen Technologien während ihrer Lebenszeit auf hohem Niveau zu unterhalten.
20. Der Gesetzgeber sollte prüfen, ob Bürger und Arbeitgeber teure und ineffiziente Energie brauchen - ein Produktionsfaktor für eigentlich jedes menschliche Vorhaben - oder ob nicht vielmehr die erschwingliche Energie ein Mittel ist, die Wirtschaftskrise zu überwinden.
21. Das spanische System gefährdet auch herkömmliche Kraftwerke, die als erste mit dem Stromtarif-Defizit fertig werden müssen, das der Staat ihnen eingebrockt hat.
22. Erneuerbare Technologien waren bisher die Begünstigten des neuen Systems, während andere kämpfen müssen, obwohl die Schuld allein bei den Subventionen, Mandaten war und Programme lag. Sobald die absehbaren Änderungen der Programme in Kraft sind, die wegen des „unnachhaltigen“ Wachstums der Sonnenenergieerzeugung notwendig wurden, wird das Ansehen der Sonnenenergie auch nachlassen.
23. Das beweist, dass der einzige Weg zu den "Erneuerbaren" in Perioden der Krise "antizyklisch" also hilfreich zu wirken, über Regierungssubventionen geht. Die Verbraucher-Nachfrage nach „Erneuerbaren“ allein reicht nicht. Jedoch erzeugen diese Methoden eine Luftblase, die umso mehr aufgebläht wird, je mehr Kapitalanleger in den "Erneuerbaren" einen der wenigen noch gewinnbringenden Sektoren finden und aus anderen Investitionen fliehen. Und doch ist es unbestritten, weil wir jetzt sehen, dass, wenn Krise weitergeht, die Regierung diese wachsenden Subventionskosten nicht auf Dauer leisten kann, und schließlich den künstlichen erneuerbaren Industrien die Mittel wieder entziehen muss, worauf die dann an den Rand des Zusammenbruchs geraten werden.
24. Die „Erneuerbaren“ verbrauchen enorme Steuerzahler-Mittel. In Spanien entspricht die durchschnittliche für die „Erneuerbaren“ zahlbare Jahressumme 4.35 % des gesamten MWSt-Aufkommens, 3.45 % der Einkommensteuer der Haushalte, oder 5.6 % der Körperschaftssteuer für 2007.

Download der Studie in englischer Version:

<http://www.juandemariana.org/pdf/090327-employment-public-aid-renewable.pdf>

Übersetzung: JH